Anlage (Fragestunde – Drucks. 20/10574)**Frage 854 – Saadet Sönmez (DIE LINKE):**

Ich frage die Landesregierung:

Wie viele Rückführungen aus Hessen in die Türkei gab es im Februar 2023 nach dem 6. Februar 2023?

Antwort Peter Beuth, Minister des Innern und für Sport:

Im Zeitraum nach dem 6. Februar 2023 bis einschließlich 28. Februar 2023 wurden insgesamt drei türkische Staatsangehörige in die Türkei mit Zielflughafen Istanbul abgeschoben. Rückführungen in die Türkei erfolgen derzeit grundsätzlich nur über den Flughafen Istanbul.

Frage 857 – Jan Schalauske (DIE LINKE):

Ich frage die Landesregierung:

Bei wie vielen Wohnungen der landeseigenen Wohnungsgesellschaft Nassauische Heimstätte/Wohnstadt und der GWH, die über die Hessische Landesbank Helaba zumindest indirekt im Einflussbereich des Landes liegt, bestehen Indexmietverträge, die aufgrund der hohen Inflation gegenwärtig zu massiven Mietsteigerungen im Bestand führen?

Antwort Michael Boddenberg, Minister der Finanzen:

Zum 31.12.2022 hat die GWH 412 indexfähige Wohnungsmietverträge im Bestand. Dies entspricht 0,8 % des Gesamtbestandes. Bei der Unternehmensgruppe Nassauische Heimstätte/Wohnstadt (NHW) sind rund 4,4 % aller Wohnraum-Mietverträge Indexmietverträge. Dies sind in Summe derzeit rund 2.600 Indexverträge.

Frage 858 – Heidemarie Scheuch-Paschkewitz (DIE LINKE):

Ich frage die Landesregierung:

Wurden alle Anlieger und Kommunen über die Boden- und Wasserbelastungen mit der gefährlichen Chemikaliengruppe PFAS, wie sie auch vom dem Rechercheverbund NDR, WDR und „Süddeutsche Zeitung“ für Hessen dokumentiert wurden, durch die hessischen Umweltbehörden informiert?

Antwort Priska Hinz, Ministerin für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:

Alle Untersuchungen der Grundwassermessstellen des Landesgrundwasserdienstes werden über das Fachinformationssystem Grundwasser- und Trinkwasserschutz Hessen der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt. Darüber hinaus werden die wesentlichen Informationen zur Grundwasserbeschaffenheit in Hessen in den regelmäßig erscheinenden Grundwasserbeschaffenheitsberichten des Hessischen Landesamtes für Naturschutz, Umwelt und Geologie veröffentlicht. Der im Jahr 2018 veröffentlichte Bericht enthält ein eigenes Unterkapitel für PFAS; für das Jahr 2023 ist eine Aktualisierung des Berichts vorgesehen. Weiterhin wurde in der 2018 veröffentlichten Spurenstoffstrategie Hessisches Ried zu Befunden von PFAS im Ablauf von Kläranlagen, in Oberflächengewässern und im Grundwasser des Hessischen Rieds berichtet. Im Jahr 2020 veröffentlichte das Umweltbundesamt eine Karte zu PFAS-Hotspots in Böden und im Grundwasser in Deutschland, welche auf der Homepage des UBA eingesehen werden kann.

Im Rahmen von bodenschutzrechtlichen Verfahren erfolgt eine Information der betroffenen Bevölkerung anlassbezogen und entsprechend der Gefährdungslage zielgerichtet. Zudem ist gesetzlich vorgegeben, dass Eigentümerinnen und Eigentümer von Grundstücken, die als altlastverdächtige Flächen oder Verdachtsflächen ausgewiesen sind, hierüber informiert werden.

Frage 859 – Jan Schalauske (DIE LINKE):

Ich frage die Landesregierung:

Welche Pläne verfolgt sie mit dem denkmalgeschützten ehemaligen Biologischen und Zoologischen Institut im Frankfurter Westend, das im Eigentum des Landes Hessen ist und bei dem ein Kaufangebot des Frankfurter Magistrats mit dem Argument abgelehnt wurde, dort eigene Bedarfe abbilden zu wollen und deshalb von einem Verkauf abzusehen?

Antwort Angela Dorn, Ministerin für Wissenschaft und Kunst:

Das Land plant in Abstimmung mit der Goethe-Universität, die denkmalgeschützten Gebäude des ehemaligen Botanischen Institutes in der Siesmayerstraße zukünftig wieder für Wissenschaft und Forschung zu nutzen. Die Goethe-Universität hat ein Konzept entwickelt, das die Thematik Forschung im Bereich der Digitalisierung beinhaltet, und beabsichtigt, am Campus Siesmayerstraße ein „Center for Critical Computational Thinking“ zu etablieren. Darin sollen auch weitere Bausteine wie die Stärkung der Kooperationen des mit hessian.AI entstehenden KI-Ökosystems, die Ansiedlung einer Serviceeinheit des KI-Innovationslabors von hessian.AI sowie Flächen für ein Gründungs- und Transferzentrum integriert werden, sodass Aktivitäten der Gesamtstrategie der digitalen Forschung in Hessen gebündelt und gestärkt werden können. Die landesinternen Abstimmungen hierzu laufen derzeit noch.

Dass der Magistrat der Stadt Frankfurt kürzlich ein Kaufangebot zu dem Areal abgegeben hat, habe ich mit Verwunderung wahrgenommen, hatte doch im Jahr 2016 das Land ursprünglich gemeinsam mit der Stadt ein Entwicklungskonzept für das Areal Siesmayerstraße vorgestellt:

Im nördlichen Bereich, der sich im Eigentum des Landes befindet, sollten studentische Wohnungen, eine Kindertagesstätte sowie eine Schule nebst Erweiterungsfläche entstehen. Im Süden des Areals sollten Flächen für allgemeines Wohnen im Geschosswohnungsbau geschaffen werden. Insgesamt 30 % geförderter Wohnraum sollte dadurch an diesem Standort geschaffen werden, wofür die Stadt das Bauplanungsrecht verändern wollte.

Dieses Konzept wurde jedoch im weiteren Verlauf nicht umgesetzt: In den nachfolgenden Jahren hat sich die Stadt wieder aus dem Entwicklungskonzept zurückgezogen und auch keine bauplanungsrechtlichen Änderungen vollzogen. Der hierzu verfasste Lol wurde dann im Jahr 2019 seitens der Stadt aufgekündigt. Der aktuell gültige Bebauungsplan aus dem Jahr 1966, NW 22d Nr. 1, weist entsprechend weiterhin die Grundstücksflächen als „Baugrundstücke für den Gemeinbedarf Universität“ aus. Hätte die Stadt die im Jahr 2016 mit dem Land geschlossene Vereinbarung eingehalten, hätte die Umsetzung der nun artikulierten Ziele bereits begonnen werden können.

Das Land verfolgt nun das Ziel, das Areal für eigene Zwecke entsprechend den Festsetzungen des bestehenden Bebauungsplanes zu nutzen.

Frage 860 – Elke Barth (SPD):

Ich frage die Landesregierung:

Wann wird die bereits vor Längerem getroffene Entscheidung der Temporeduzierung von Tempo 100 auf Tempo 70 auf der Usinger Südumgehung zwischen Bundesstraße 273 und Landesstraße 3270 endlich von Hessen Mobil durch das Anbringen einer entsprechenden Beschilderung umgesetzt?

Antwort Tarek Al-Wazir, Minister für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen:

Die Anordnung zum Aufstellen der Verkehrsschilder mit der zulässigen Höchstgeschwindigkeit von 70 km/h auf der Südumgehung Usingen im Bereich der Raiffeisenstraße ist am 16.02.2023 erfolgt und wird voraussichtlich bis Ende März dieses Jahres umgesetzt.

Da die Südumgehung Usingen eine Gemeindestraße darstellt, liegt die Zuständigkeit für die Aufstellung der Beschilderung bei der Stadt Usingen als Straßenbaulastträger und nicht bei Hessen Mobil.

Frage 861 – Bijan Kaffenberger (SPD):

Ich frage die Landesregierung:

Wann werden den Schulen digitale Lizenzen für Lehrwerke im Rahmen der Lernmittelfreiheit bereitgestellt?

Antwort Prof. Dr. R. Alexander Lorz, Kultusminister:

Im Rahmen der Lernmittelfreiheit können Schulen bereits seit dem Jahr 2013 digitale Lizenzen für Lehrwerke nutzen.

Frage 862 – Bijan Kaffenberger (SPD):

Ich frage die Landesregierung:

Wann soll den Schulen im Schulportal wieder ein Wahltool für Nachmittagsunterricht, Projektwochen, Berufsinformationstage und andere Events, die Schulen über den Unterricht hinaus organisieren wollen, zur Verfügung gestellt werden?

Antwort Prof. Dr. R. Alexander Lorz, Kultusminister:

Das Schulportal Hessen wird fortlaufend mit Blick auf die Bedürfnisse von Schülerinnen und Schülern sowie Lehrkräften weiterentwickelt. Im Rahmen dieser Weiterentwicklung wird auch die technologische Basis regelmäßig hinsichtlich der Anforderungen an eine moderne IT-Infrastruktur angepasst. So wurde das Schulportal Hessen während der Corona-Pandemie bis Ende 2020 schrittweise in eine moderne cloudbasierte IT-Infrastruktur überführt. Im Zuge dieses Transformationsprozesses muss der Code des Wahltools neu programmiert werden, da der alte einen zuverlässigen Betrieb auf der modernen Infrastruktur nicht ermöglichte. Die hierfür notwendigen Programmierarbeiten und Testungen dauern noch an, und die Funktion wird den Schulen wieder zur Verfügung gestellt, sobald diese Arbeiten abgeschlossen sind. Es ist geplant, dass Schulen diese Funktion im kommenden Schuljahr 2023/2024 wieder nutzen können.

Frage 863 – Heike Hofmann (Weiterstadt) (SPD):

Ich frage die Landesregierung:

Plant sie, im Rahmen des TV-H künftig Fahrradleasing bzw. Jobrad für Beschäftigte im öffentlichen Dienst des Landes zu ermöglichen?

Antwort Peter Beuth, Minister des Innern und für Sport:

In der Tarifeinigung vom 15. Oktober 2021 zwischen dem Land Hessen und den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes hat man sich auf eine Laufzeit des Tarifvertrages bis zum 31. Januar 2024 verständigt. Das Thema Fahrradleasing bzw. Jobrad wurde dabei im Rahmen der Verhandlungen von den Gewerkschaften nicht thematisiert, auch nicht in der letzten Tarifrunde.

Ohne eine entsprechende tarifvertragliche Vereinbarung ist es rechtlich aber ausgeschlossen, eine Entgeltumwandlung zum Zwecke des Fahrradleasings umzusetzen, da Barlohnnumwandlungen nach § 4 Abs. 3 Tarifvertragsgesetz (TVG) ohne eine entsprechende tarifvertragliche Vereinbarung nur zulässig sind, sofern sie eine Änderung der tarifvertraglichen Regelung zugunsten der Tarifbeschäftigten enthalten. Dies wäre hier wegen möglicher nachteiliger Auswirkungen nicht der Fall.

Forderungen und Themenfelder zum Hessentarif bleiben demnach künftigen Tarifverhandlungen vorbehalten.

Im Übrigen verweise ich auf die Richtlinie zur Gewährung eines Vorschusses zum Erwerb eines Fahrrades, die es bereits seit 2018 gibt. Damit können die Landesbediensteten ohne zwischengeschaltetes bürokratisches Leasingverfahren frei entscheiden und Eigentum an einem beliebig gewünschten Fahrradtyp erwerben und den Vorschuss mit niederschweligen monatlichen Tilgungsraten über die Bezügestellen bequem zurückzahlen. Von der Richtlinie werden Fahrräder ebenso wie auch E-Bikes erfasst. Sie ist seit 2018 ein erfolgreiches und verwaltungsarmes Modell (in Federführung des HM-WEVV).

Frage 864 – René Rock (Freie Demokraten):

Ich frage die Landesregierung:

Wann findet die Wahl einer Kita-Landeselternvertretung statt?

Antwort Kai Klose, Minister für Soziales und Integration:

Damit die Landeselternvertretung ihre Arbeit aufnehmen kann, muss sie demokratisch legitimiert sein. Gewählt wird sie durch die Delegierten der Landeselternversammlung, die ihrerseits aus der Elternschaft im jeweiligen Jugendamtsbezirk gewählt werden.

Die Wahl der Kita-Landeselternvertretung in der ersten Jahreshälfte wird derzeit vorbereitet und die notwendigen Voraussetzungen geschaffen.

Frage 865 – Heidemarie Scheuch-Paschkewitz (DIE LINKE):

Ich frage die Landesregierung:

Welche Auswirkungen auf landwirtschaftlich genutzte Flächen hat der von hessischen Behörden erarbeitete Leitfaden für zukünftige Zielabweichungsverfahren zur Errichtung von Freiflächen-Fotovoltaikanlagen (FFPV)?

Antwort Tarek Al-Wazir, Minister für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen:

Leitfäden dienen beispielsweise als Hilfestellung für die Erstellung von Antragsunterlagen und dienen dem Ziel, Verfahren zu vereinheitlichen und zu beschleunigen. Neben der Darstellung der rechtlichen und fachlichen Rahmenbedingungen können Leitfäden die Kriterien aufzeigen, die der Bewertung im Zielabweichungsverfahren zugrunde gelegt werden.

Sofern Sie mit Ihrer Frage den aktuell in der Regionalversammlung Südhessen (RVS) diskutierten „Leitfaden Landwirtschaft – Freiflächen-Fotovoltaik“ meinen, ist auf die breite Beteiligung hinzuweisen. Der Leitfaden wurde gemeinsam von den Hauptabteilungen Landwirtschaft der Kreise, dem Hessischen Bauernverband, der oberen Landwirtschaftsbehörde und der oberen Landesplanungsbehörde des RP Darmstadt erarbeitet.

Am 3. März 2023 hat der Haupt- und Planungsausschuss der RVS beschlossen, den Leitfaden noch einmal in einer gemeinsamen Fachausschusssitzung aufzugreifen. Zu dieser Sitzung sollen weitere Teilnehmer beispielsweise aus dem Wirtschafts- und Umweltministerium, der Landesenergieagentur, eines Energieversorgers sowie eines Anlagenbetreibers hinzugezogen werden.

Mit dem Leitfaden ist keine Änderung der Bewertung der Auswirkung von Freiflächen-Fotovoltaikanlagen auf landwirtschaftlich genutzte Flächen verbunden.

Frage 866 – Dr. Daniela Sommer (SPD):

Ich frage die Landesregierung:

Wie viele der 709 Studierenden, die laut Drucks. 20/10418 die Prüfung des mündlichen Physikums in den letzten fünf Jahren nicht bestanden haben, konnten dennoch ihr Medizinstudium erfolgreich abschließen?

Antwort Kai Klose, Minister für Soziales und Integration:

Hierüber hat die Landesregierung keine Kenntnis.

Frage 868 – Elisabeth Kula (DIE LINKE):

Ich frage die Landesregierung:

Beabsichtigt die Ministerin für Wissenschaft und Kunst, ein wissenschaftliches Forschungsprojekt zur Aufarbeitung des „Radikalenerlasses“ und der Berufsverbote in den 1970er- und 1980er-Jahren in Hessen finanziell zu fördern, so wie dies beispielsweise schon in Baden-Württemberg durch das grün besetzte Wissenschaftsministerium in Auftrag gegeben wurde?

Antwort Angela Dorn, Ministerin für Wissenschaft und Kunst:

Das HMWK plant derzeit nicht, eine Studie wie die des Wissenschaftsministeriums Baden-Württemberg zum Radikalenerlass in Auftrag zu geben.